

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,  
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind  
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von  
Joh. van Nden in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66.  
Telef. 222222 Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 6 Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 8. Februar 1908. Fernpredi-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

## Im Rückblick auf die Krefelder Bewegung.

II.

Der Oberbürgermeister erklärte den Verbandsführern, sein Bestes tun zu wollen, das Ende des Kampfes herbeizuführen. Zu diesem Zwecke konfizierte er mit den Vorstandsmitgliedern vom Fabrikantenverband, mit dem Erfolge, daß die Herren sich bereit erklärten, eine Generalversammlung ihres Verbandes einzuberufen. Die Arbeitgeber wünschten noch eine gegen die Arbeiter gerichtete Erklärung der Gewerkschaftsvertreter. Diese Zustimmung wurde von unserm Bezirksleiter sofort entschieden zurückgewiesen. Doch erklärten sich sämtliche Verbandsvertreter bereit, die Erklärung abzugeben, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkte ständen, den sie auf dem Kongress in der Versammlung eingenommen hätten, nämlich, daß die Wiederaufnahme der Arbeit im Interesse der Arbeiter, der Arbeitgeber, wie auch der Allgemeinheit liege und daß diejenigen, welche die Arbeit aufzunehmen, als Streikbrecher nicht betrachtet würden. Diese Erklärung gab auch der Generalratsvertreter Bierhaus aus Spremberg vom Hirsch-Dunderschen Gewerksverein. Derselbe Bierhaus, der nach Krefeld kam, um den Bezirksleiter Müller zu besuhen und zu erklären, der Generalrat erkenne den Streik als gerecht an. Chamaeleon! Die Generalversammlung der Fabrikanten fand am 3. Januar statt und hatte das Resultat, daß nach einem Referat des Herrn Oberbürgermeisters einstimmig beschlossen wurde, die Sperre verhältnismäßig aufzuheben. Wenn 7/8 der streikenden Arbeiter jedoch bis zum 11. Januar die Arbeit nicht aufgenommen hätten, sollte die Sperre wieder von neuem verhängt werden. Der Bezirksvorsitzende sprach dem Oberbürgermeister den Dank aus, ebenso der Gauleiter des „freien“ Verbandes, Reimes, der noch hinzufügte: „Der Herr Oberbürgermeister hat herausgeschlagen, was unter den gegebenen Verhältnissen herauszuschlagen ist.“ Unser Bezirksvorsitzender konnte nach der Erklärung abgeben, daß die Mitglieder des christlichen Verbandes bereits einstimmig beschlossen hätten, die Arbeit aufzunehmen, wenn die Sperre aufgehoben würde. Die Unternehmer hätten also eher Frieden haben können, wenn sie nur gewollt hätten. Nach Bekanntgabe des Beschlusses der Fabrikanten erklärten unsere Mitglieder in einer Versammlung nachmals, am 7. Jan. die Arbeit geschloffen aufzunehmen. Nun wurden Versammlungen einberufen für die Ausschüsse der Färber, Scheerer, Appretureure und der Stoffweber. Die Färber, Scheerer und Appretureure beschloffen mit überzogener Majorität, am 7. Jan. die Arbeit zu beginnen. Der Gauleiter Reimes zerstörte in der Ausschubstimmung der Färber die Wäre, daß die Verbandsleiter die „Freier“ gewesen seien; nicht die Verbandsleiter hätten ihr Wort gebrochen, sondern die Arbeiter der vier Betriebe. Er gab allerdings zu, die Genehmigung zum Streik auf seine Verantwortung gegeben zu haben und motivierte seinen Standpunkt mit folgenden Worten:

„Wir haben früher so oft Glück gehabt, wir hoffen auch diesmal Glück zu haben, wir haben uns allerdings dabei verrechnet; das Glück ist uns diesmal nicht hold gewesen, sondern hat uns verlassen.“

Er gab den Anwesenden ferner zu wissen, daß man bei späteren Streikgehehen „eiserner“ sein und dem Druck der Arbeiter nicht mehr so leicht nachgeben würde. Verschieben die drei zuerst genannten Versammlungen ziemlich ruhig und sachlich, so bot die Sitzung der Stoffweberausschüsse ein ganz anderes Bild. Die Verbandsvertreter fanden das Lokal überfüllt. Viele Arbeiter, welche den Ausschüssen gar nicht angehört, waren gekommen, um — nun, um mit dabei zu sein. Ein Mitglied der sogenannten „Streik-Lonnmmission“ (dieser war gebildet worden, als die bestehende Lohnkommission sich auflöste), Weses, rief den Anwesenden zu: „Morgen ist Ausschubstimmung, nicht heute, wir haben mit den Verbandsvertretern nichts mehr zu schaffen.“ Jedoch kam diese „Größe“ mit ihren Ausführungen nicht durch; die Anwesenden folgten den Verbandsvertretern in ein größeres Lokal. Hier gab unser Kollege Marquardt noch einmal einen Rückblick auf die Entwicklung der Bewegung, und unser Bezirksvorsitzender führte den Leuten eindringlich vor Augen, warum die Verbände den Kampf abbrechen müßten; auch einzelne Kollegen sprachen für Wiederaufnahme der Arbeit. Das gab einen Kampf! Keine ruhigen und sachlichen Widerlegungen, aber um so mehr Beschimpfungen. Wir können und wollen die Worte hier nicht wiedergeben. Als der Spektakel sein Ende nahm, schloß der Leiter die Sitzung. Es muß hervorgehoben werden, daß Mitglieder unseres Verbandes sich an den Ungehörigkeiten nicht beteiligten. Zu unserm Bedauern müssen wir allerdings hinzufügen, daß einzelne in den Ausschubstimmungen durch Abstimmung verwarfen, was sie in den Mitgliederversammlungen angenommen hatten. Es gab sich selbst schallende Ohreigen. Hoffentlich haben sie bei ruhiger Nachdenken das Verbrechen ihres Handelns „gesehen“. Am 5. Jan. fand eine vom „Streikkomitee“ einberufene Ausschubstimmung statt, wozu auch die Verbandsvertreter mit Ausnahme unseres Bezirksvorsitzenden, der eine Vorstandsitzung in Düsseldorf hatte, erschienen. Als an diese die Zumutung gestellt wurde, mit einer Redezeit von zuerst fünf und nachher zehn Minuten sich zu begnügen, verließen sie das Lokal, denn um sich einen Maulkorb umbinden zu lassen, waren sie nicht gekommen, sondern um Aufhebung zu bringen. Die Ausschüsse waren nun unter sich und nahmen, nachdem sie sich gehörig beschimpft

hatten, eine Resolution gegen die Führer und gegen die Ortspartei an. Den Arbeitern wurde jedoch empfohlen, die Arbeit aufzunehmen. Hervorgehoben zu werden verdient, daß einzelne Genossen sich nicht scheuten, den Anwesenden mit unwahren Wörtern zu dienen. Wir wäßen davon zwei vorbringen: Der Genosse Gorman erklärte allen Ernstes, unsere Organisation sei bekannt als eine solche, die Streikbrecher züchte. „Ach was! D. H.“ Der Genosse Weses erklärte, unser Bezirksvorsitzender habe Verrat geübt. Welch habe nämlich ein Jugendmitglied der Fabrikanten auf fünf Prozent Lohnerhöhung den Arbeitern verschwiegen. Selbstverständlich ist daran kein wahres Wort. Was geniert dieses jedoch solchen Geisern! Galt es doch, gegen die Verbände und ihre Führer Sturm zu laufen. Die Anregung, die Arbeit aufzunehmen, wurde seitens der Arbeiter sämtlicher streikenden Betriebe stattgegeben. So verlief der Kampf um 10 Prozent Lohnerhöhung!

Wie wir zu einem Kommentar übergehen, wollen wir noch bemerken, daß der Herr Gewerberat Bredow, und zwar bevor der Herr Oberbürgermeister eingriff, sich bemüht hat, die Parteien zusammen zu führen, leider ohne Erfolg. Wir fühlen uns verpflichtet, auch ihm für seine uneigennütigen Bemühungen ebenfalls unsern Dank auszusprechen. Welche Kampfbewandlung müssen unsere Mitglieder nun aus den Vorgängen, die sich in Krefeld abgespielt haben, ziehen.

1. Sie müssen, wenn eben möglich, die höchsten Beiträge zahlen, die unser Statut vorsieht, um der starken Unternehmerrückbildung mit Erfolg entgegenzutreten zu können und um während des Streiks oder der Ausperrung eine möglichst hohe Unterstützung zu bekommen.
2. Sie müssen selbständiger werden. Wenn ein Führer einer anderen Organisation erklärt, wir genehmigen den Streik, dann darf dies für unsere Mitglieder niemals maßgebend sein, sondern sie müssen die Weisungen unseres Zentralverbandes abwarten und dementsprechend handeln. Mehr Prinzipienfestigkeit!
3. Sie müssen sich schulen, damit sie die wirtschaftlichen Verhältnisse verstehen können. Dieses geschieht durch regen Besuch der Mitgliederversammlungen und durch ständiges Lesen des Fachorgans und der Bücher, die in den Bibliotheken zur Verfügung stehen.
4. Sie dürfen nicht auf jede Phrase hereinfallen. Dieser Kampf ist und auch mancher vorhergegangene, hat gezeigt, daß die Schürung und Erziehung zum Massenhaß und Klassenkampf die Arbeiter nicht nur nichts nützt, sondern gewaltig schädigt.

Nicht das soll gelten im Wirtschaftsleben, sondern gegenseitige Achtung, nicht die Macht, sondern die Gerechtigkeit, sondern das Recht. Wenn alle Kollegen nach diesen Grundsätzen handeln, dann werden wir weiter kommen mit unserer Arbeit.

Anerkennung der Organisationen, Abschließung von langfristigen Tarifverträgen, Einsetzung von Schlichtungsämtern, das sind die Mittel, die den Frieden verbürgen, wohingegen das Kämpfen bis zum Weißbluten nicht nur den direkt beteiligten Arbeitgebern und Arbeitern, sondern dem ganzen Wirtschaftsleben einen ganz gewaltigen Schaden zufügt. Mögen die Fabrikanten der Stoffbranche am Niederrhein dafür sorgen, daß die Wünsche der Arbeiter nach höherem Einkommen bald Berücksichtigung finden; mögen sie dafür sorgen, daß Wochenverdienste von 12 Mark und noch teilweise darunter bei keinem Stoffweber mehr vorzufinden sind.

Denn darüber läßt man sich nicht, soll nach wie vor die Macht entscheiden, dann werden hier am Niederrhein die kommenden Dinge ärger sein wie die gegenwärtigen. Zu dem vorhandenen Explosionsstoff, der sich bei den Stoffwebern während eines Jahres anhäuft, ist neuer gekommen. Komme es jedoch wie es wollte, unsere Kollegen und Kolleginnen mögen nie den Blut des kalten Ueberlegens verlieren.

## Das Risiko des Arbeiters.

Nach § 111 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes und den gleichlautenden Bestimmungen der übrigen Versicherungsgesetze ist dem Reichstage über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften nach dem Ablauf eines jeden Rechnungsjahres eine vom Reichsversicherungsamt aufzustellende Nachweisung vorzulegen. Jetzt ist dem Reichstage die Nachweisung für das Jahr 1906 nebst einer Zusammenstellung wichtiger Zahlen und einer Reihe wichtiger Uebersichten — darunter auch vergleichende, bis zum Jahre 1886 zurückreichende — zugegangen.

Es sind lange Zahlenreihen, die da vorgeführt werden, und keiner würde sich in das trockene Gewirr hineinmischen, wenn er nicht wüßte und nicht hätte, daß diese Zahlen eine lebendige Sprache reden von wirtschaftlicher und seelischer Not, von Verlust an körperlicher und moralischer Kraft. Opfer ihres Berufes sind es, die zu Tausenden alljährlich ihre Gesundheit, ja zum Teil ihr Leben, auf dem Felde der Arbeit lassen müssen. Wer erfährt den Kummer, der in zahlreiche Familien eingezogen kam durch den Unfall des Ernährers, nicht allein den Kummer, den vielleicht die Vernichtung oder Verminderung der Arbeitskraft in materieller Beziehung

zur Folge hatte, sondern auch ganz besonders das seelische Leid, den Verlust an moralischer Kraft. Das Unfallversicherungs-Gesetz tilgt zum Teil die materielle Not, der der Unheilvolle anheimgefallen, vielleicht hebt sie sie ganz auf, aber die geistigen Schäden und damit die körperliche und moralische Volkstrost kann durch keine Unterstützung wieder gegeben oder ersetzt werden. Und wenn in preussischen Abgeordnetenhaus und danach im Lande von „Krankenversicherung“ und Abschaffung der „Schwangerschaften“ gesprochen wird, dann beweist das, daß jenen Leuten Arbeiterleben, Arbeiterkraft und besonders Seelenheilung völlig fremde Begriffe sind. Den christlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen aber sollte besonders beim Studieren der Versicherungsergebnisse der Berufsgenossenschaften die ganzen Aufgaben zum Bewußtsein kommen, die auf dem Gebiete des Arbeiter-Schutzes ihrer noch harren. Mehr Arbeiterkraft, Ausbau der bestehenden Schutzbestimmungen, aber auch Befolgung der letzteren! In der Ueberwachung und Durchführung der bestehenden Gesetze, die zum Schutze des Arbeiterlebens gegeben sind, können und sollen die organisierten Kollegen und Kolleginnen selbst mitarbeiten. Die Gesundheit ist besonders für den Arbeiter ein kostbares Gut, das er hüten und pflegen soll, so viel er vermag. Tatsache ist, daß mancher Unfall durch Außerachtlassung der Schutzvorschriften verursacht wird. Durch Aufklärung und wenn nötig durch direktes Eingreifen kann die gewerkschaftliche Organisation hier helfen.

## Organisation und Umfang der Versicherung.

Ihrer gesetzlichen Grundlage nach gliedert sich die gewerbliche Unfallversicherung wie folgt:

Von den gesamten in Betracht kommenden Versicherungsträgern bestehen auf Grund des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes:

- 64 Berufsgenossenschaften mit 639 826 Betrieben, 8284 021 durchschnittlich Versicherten oder 7291 034 Vollarbeitern.
- 62 staatliche Ausführungsbehörden mit 623 480 durchschnittlich Versicherten oder 520 275 Vollarbeitern.
- 1 Berufsgenossenschaft mit 16 490 Betrieben und 266 769 durchschnittlich Versicherten oder 152 876 Vollarbeitern.
- 76 staatliche Ausführungsbehörden mit 46 237 durchschnittlich Versicherten oder 29 750 Vollarbeitern.
- 322 kommunale Ausführungsbehörden mit 162 863 durchschnittlich Versicherten oder 58 655 Vollarbeitern.
- 13 Versicherungsanstalten mit 80 383 Vollarbeitern.

auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes:

- 1 Berufsgenossenschaft mit 1619 Betrieben und 74 710 durchschnittlich Versicherten oder 68 818 Vollarbeitern.
- 13 staatliche Ausführungsbehörden mit 713 durchschnittlich Versicherten oder 617 Vollarbeitern.
- 1 Versicherungsanstalt.

Die 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften umfassen 349 Sektionen und 659 935 Betriebe (gegen 937 611 im Jahre 1905) mit 8 255 500 durchschnittlich versicherten Personen (gegen 8 195 732 im Vorjahre) oder 7 512 728 Vollarbeiter (gegen 7 159 842 im Vorjahre). Nach obiger Nachweisung hat die Zahl der von den gewerblichen Berufsgenossenschaften umfaßten Betriebe im Rechnungsjahre 1906 um 22 324, die Zahl der in den gewerblichen Betrieben durchschnittlich versicherten Personen um 429 768 und die Zahl der Vollarbeiter um 452 886 zugenommen. Daraus ergibt sich, daß die wirtschaftliche Lage im Jahre 1906 nicht unerheblich günstiger war als im Jahre 1905. Es ist aber zu berücksichtigen, daß in den Zahlen der durchschnittlich versicherten Personen etwa anderthalb Millionen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, doppelt erscheinen. Schon bei der letzten Berufsstatistik wurden 1 342 000 Personen ermittelt, die neben ihrem Hauptberufe in der Industrie einen Nebenberuf in der Landwirtschaft hatten und 347 997 Personen, die umgekehrt ihren Hauptberuf in der Landwirtschaft fanden, aber als Nebenbeschäftigung Industriearbeit verrichteten. Diese Personen wurden sowohl in den gewerblichen als auch landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften angeführt.

Nicht so klar wie in der gewerblichen, sind die Nachweisungen der landwirtschaftlichen Versicherungsträger. Die Zahl der Vollarbeiter (auf einen Vollarbeiter werden 300 Arbeitstage gerechnet) ist hier nicht angegeben, weil die Zahl der Vollarbeiter und der geleisteten Arbeitstage nicht zu ermitteln war.

Die 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften umfaßten 535 Sektionen und 4 695 789 Betriebe (gegen 4 658 826 im Vorjahre) mit 11 899 071 durchschnittlich versicherten Personen (genau dieselbe Zahl, wie im Vorjahre). Ein klares Bild über den Umfang der Land- und Forstwirtschaft läßt sich aus diesen Zahlen nicht gewinnen. Daß es sich hier in der Mehrzahl um Kleinbetriebe handelt, ergibt einen Vergleich der Zahl der Betriebe mit den beschäftigten Personen. Betont wird in den amtlichen Bemerkungen, daß die Zahl der den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zugehörten Personen nur auf

ganz willkürlichen Schätzungen beruhen, denen als Grundlage die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 gebietet hat. Ein genaueres Bild wäre auch hier dringend zu wünschen.

Von den Reichs-, Staats-, sowie Provinzial- und kommunal-Ausführungsbehörden werden 912 642 durchschnittlich versicherte Personen (857 709 im Vorjahre) oder 676 896 Vollarbeiter (644 577 im Vorjahre) nachgewiesen. Die Zahl der letzteren hat also im Rechnungsjahre 1906 um 54 933, die der letzteren um 32 320 zugenommen.

Die Zahl der versicherten Personen betrug 1906 demnach 18 814 571 — bei den Berufsgenossenschaften und 912 642 bei den Ausführungsbehörden, zusammen 19 727 213 Personen. Davon sind rund 1 1/2 Mill. Personen abzurechnen, die den land- und gewerblichen Genossenschaften zugehörig sind.

## Leistungen der Versicherung.

Von den 114 Berufsgenossenschaften werden für das Jahr 1906 nachgewiesen:

- Entschädigungen 129 169 585 M. (122 730 819 M.);
- Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartegzeit 714 071 M. (701 592 M.);
- Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen 4511 509 M. (4 315 189 M.);
- Kosten des Rechtsganges, Schiedsgerichtskosten 1967 417 M. (1 785 192 M.);
- Kosten der Unfallverhütung 1 549 733 M. (1 340 211 M.);
- laufende Verwaltungskosten 12 635 298 M. (11 890 134 M.);
- sonstige Ausgaben 1245 614 M. (1 202 641 M.);
- Einnahmen in den Reservefonds 19 114 815 M. (18 042 541 M.);

Die Gesamtausgabe bezieht sich also auf 170 908 045 M. (162 038 302 M.). Ihr stehen als Einnahme gegenüber 174 338 959 M. (164 562 239 M.).

(Die in Klammern beigefügten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr.)

Die Anzahl der neuen Unfälle, für welche im Jahre 1906 zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, belief sich auf 139 728. Hierunter hatten 914 den Tod und 1463 eine unermesslich dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Am 19. 10. 1906 wurde im Rechnungsjahre zum erstenmal eine Rente gezahlt. (Arbeiterzeitung)

Von der Bestimmung, nach welcher Verletzte mit einer Erwerbsunfähigkeit von 15 v. H. und weniger auf ihren Antrag nach Kapitalzahlungen abgefunden werden können, haben die Genossenschaften usw. in 3763 Fällen Gebrauch gemacht.

Vor der Kapitalabfindung kann den Kollegen und Kolleginnen nur gewarnt werden. Sie gehen im Falle einer Abfindung aller Ansprüche auf die Unfallversicherung verlustig, soweit nicht ein neuer Unfall hinzukommen sollte. Wie leicht kam es z. B. nicht eintreten, daß die Verletzung sich verschlimmert. Ein Antrag auf höhere Rente würde durchgängig keine Aussicht auf Erfolg haben, weil der Verletzte sich alle Ansprüche hat abtun lassen. Man beantrage eine Kapitalabfindung niemals ohne vorherige Rücksprache mit einem in der Sache erfahrenen Kollegen, mit Berufschaftsbeamten, Arbeitersekretär oder Volksbureauvorsteher.

Die Summe der der Beitragsberechnung zugrunde gelegten Löhne, die sich, was besonders hervorgehoben wird, mit den wirklich verdienten Löhnen nicht deckt, stellt sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 7714 Millionen M. bei einer Zahl von 8 255 500 durchschnittlich versicherten Personen, oder 7 512 728 Vollarbeitern. Für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind, wie auch früher, wegen des abweichenden Berechnungsverfahrens Lohnbeträge, welche für die Beitragsberechnung zugrunde gelegt werden, in die Nachweisung nicht aufgenommen worden.

Bedeutende Summen fließen der Arbeiterchaft durch unsere Versicherungs-Gesetze zu. Letztere weiter auszubauen, daran soll die christlich organisierte Arbeiterchaft mitarbeiten. Aber nicht allein Arbeiterversicherung, nicht allein Fürsorge für die, die durch ihren Beruf die Gesundheit verlieren haben, wollen wir, sondern viel wichtiger ist uns die Vorsorge, der Schutz vor Krankheit und Unfall. Durch ihre Weisheit kann die organisierte Arbeiterchaft auf Arbeitgeber und Regierung zugunsten eines besseren Arbeiter-Schutzes einwirken. Darum Arbeiter und Arbeiterinnen, organisiert und studiert!

## Standesbewußtsein — Standesehre.

Ein Kollege aus Rheide schreibt uns: Je größer der Einfluß der organisierten Arbeiterchaft auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben wird, desto größer wird auch die Verantwortung, die von ihr getragen werden muß. Diese Verantwortlichkeit in ihrer ganzen Bedeutung zu erfassen und zu würdigen kann nur von einer mit edlem Standesbewußtsein durchdrungenen Arbeiterchaft erwartet werden.

Wir leben in einer Zeit des kulturellen Fortschrittes. Stolz steht die Menschheit vor dem großen Gebäude des kulturellen Wohlstandes, das Menschengeist und Menschenhand geschaffen hat. Unsere Industrie hat einen glänzenden Aufschwung genommen, wie es vor einigen Jahrzehnten kaum einer erwartet hat. Auch der Arbeiter hat einen erheblichen Teil zu diesem großen Kulturwerk beigetragen. Der Arbeiter ist es doch, der mit seiner Hände Arbeit



höheren Beitragsklasse beitreten. (Selbstverständlich ist das zulässig; siehe Statut. D. N.) Darauf gab der Vorsitzende, Kollege Zentges, einen ausführlichen Situationsbericht. Besonders sprach er über die bedeutende Krefelder Bewegung. Kollegen und Kolleginnen, man verucht hier von gewisser Seite durch Verteilungen unsern Verband bei der Arbeiterschaft in Mitleid zu bringen. Geht allen die nötige Antwort, denn jene haben nicht die Interessen der christlichen Arbeiter im Auge!

**Leaden.** Unsere Ortsgruppe hielt am 12. Jan. ihre Generalversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Der Vorsitzende gab den Jahres- und Kollege Schmitz den Kassienbericht. Letzterer bekam von der Versammlung unter Dank Entlassung. Als Vorsitzender wurde Kollege Blesgen einstimmig wiedergewählt. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden durch die Wahl bestimmt die Kollegen: Fischer, Kantschke und Kuchbaum jun. In Kantschkes wurden gewählt die Kollegen Kuchbaum sen. und Halbach. Vertrauensmänner wurden für Kantschke die Kollegen Burghoff und Werrens, für Kuchbaum der Kollege Burghoff und Werrens, für Halbach der Kollege Burghoff und Werrens. Nach der Versammlung gingen die Kollegen Blesgen, Weber und Hansen. Zum Schluss hielt Kollege Hamacher einen kurzen Vortrag.

**Landeshut.** Guten Abend wiez unsere am 16. Januar stattgehabte erste Generalversammlung auf. Als ein Zeichen der gesunden Entwicklung unserer Ortsgruppe war aus dem hierauf erstatteten Jahresbericht zu entnehmen, daß das Häuflein drey, die am 22. März vergangenen Jahres die Ortsgruppe gründeten, zu einer stattlichen Schar heranwachsen und die Mitgliederzahl noch andauernd im Steigen begriffen ist. Schon kurze Zeit nach Gründung unserer Ortsgruppe wurde der größte Teil unserer Mitglieder von der Ausperrung betroffen, welche infolge Lohnsenkungen über den weitaus größten Teil des Landeshuter Textilindustrie verhängt wurde. In 12 Mitgliederversammlungen wurde zu den Tagesfragen Stellung genommen. In den meisten Versammlungen war Kollege Müller erschienen; ebenso sprach derselbe in 4 öffentlichen Versammlungen. In je einer öffentlichen Versammlung sprachen außerdem der Sekretär des Gesamtverbandes, Kollege Blöcher aus Breslau, sowie Parteisekretär Müller aus Hagen in Westfalen. Des weiteren wurden Vorbereitungen getroffen zur Gründung eines Kartellvereins. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurden die Vorstandswahlen gewählt. Die Kollegen Stiff und Reimann wurden wiedergewählt. In seinem hierauf folgenden Vortrage behandelte Kollege Müller die sich überall bemerkbar machende wirtschaftliche Krise. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden, welche Mitglieder auf die „Deutsche Arbeiterzeitung“ abstimmen möchten, betonte Kollege Müller in kurzen Worten den Wert einer konfessionellen Arbeiterpresse, worauf eine Anzahl Mitglieder auf die „Deutsche Arbeiterzeitung“, sowie auf die „Arbeit“ abstimmte.

**Reckhausen.** Es wird wieder hell in Reckhausen. Die Textilarbeiterversammlung, welche letzten Sonntag in den „Drei Rosen“ abgehalten wurde, war sehr zahlreich besucht. Nach Erledigung der Verbandsangelegenheiten referierte Kollege Zimmer über die Kartellorganisation und das Gewerkegesetz. Die Diskussion nahm einen lebhaften Verlauf. Möge die Begeisterung nicht nachlassen und jeder eifrig arbeiten in der Hausagitation und bei der im Februar stattfindenden Gewerkegesetzdebatte.

**Wetzlar.** Am 19. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand Neuwahl des Vorstandes. Leider konnte aber die Wahl nicht vor sich gehen, weil die Versammlung zu schlecht besucht war. Ist es doch, als ob man eine heillose Angst davor hat, als Vorstandsmittglied gewählt zu werden. Man hat es gern „gemühtlich“, ruft mal „sehr richtig“ und kratzt in die Hände, das ist auch alles, was von vielen Kollegen noch geleistet wird, statt die Hand mit ans Werk zu legen, seine ganze Kraft einzusetzen zur Förderung der Ortsgruppe. Wegen des schlechten Besuchs mußte auf den 26. Januar wieder eine Versammlung einberufen werden, wo dann die Neuwahl folgendes Ergebnis hatte: die Kollegen Kellersbach, Albrand und Hummen wurden einstimmig wiedergewählt. Als Neuwahl wurden gewählt Wilhelm Daut und Math. Hoyer, als Förderer Karl Saat und G. Göttem. In der Diskussion erklärten einige Mitglieder, eine höhere als die bisherige Beitragsklasse zu wählen. Die Ausperrung war eine gute Lehrmeisterin.

**Wittichen i. Gf.** Unsere Mitgliederversammlung vom 26. Jan. war trotz der wichtigen Tagesordnung nicht gut besucht. Nach Verlesung des Protokolls erstattete der Kassierer den Quartalsbericht. Der Kassierer erklärte Bücher und Kasse in bester Ordnung befinden zu haben, worauf dem Kassierer Entlassung erteilt wurde. Sodann nahm Kollege Buchmann das Wort zum Jahresbericht, woraus hervorging, daß trotz des Selbsttreibens der Genossen unsere Ortsgruppe gestiegen ist. Auch wurden verschiedene Jahreshellen gegründet, wobei zwei Kollegen aufs Wasser stiegen, da sie sich in den Dienst unserer Sache stellten, aber durch Sozialität ihrer Kollegen wieder eingestellt wurden. Redner ermahnte auch bei der Hausagitation traktantieren, damit unsere Zahl bald verdoppelt wird.

In der nun folgenden Diskussion bemerkte eine Kollegin bezüglich einer Mitteilung der sozialdemokratischen Zeitung, laut welcher in der Geschäftshalle derselben 46 Bücher von übergetretenen christlichen abgelesen sein sollten. Als sie sich hierzu persönlich überfragen wollte, hätten jedoch nur vier Bücher vorgezeigt werden können. Bei der Vorstandswahl wurden drei entscheidende Mitglieder wiedergewählt. Die Kartellmitglieder wurden ebenfalls einstimmig wiedergewählt und außerdem ein weiterer Kollege nennenswert. Nachdem unter Verschiedenes noch einige Angelegenheiten geregelt und die Hausagitation besprochen ward, schloß Kollege Buchmann die Versammlung.

**Schiffdorf.** Am 23. Januar hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung ab. Der Antrag auf Wahlen eines Familienrates wurde zurückgestellt. Bis unsere Kasse leistungsfähiger ist. Das Verbandsmitglied bleibt für dieses Jahr das alte. Unsere öffentliche Versammlung wurde März in Wetzlar gewonnen. Unter Verschiedenes sprach Kollege Zimmerberg-Tranen über die Folgen der christlichen Arbeiterbewegung.

**Wetzlar i. Gf.** In der am 26. Januar abgehaltenen Generalversammlung stützten die meisten Mitglieder, ganz besonders die älteren, wieder mit Entschiedenheit. Der Vorsitzende, Kollege Daut, rief es, daß die älteren Kollegen durch Fortbleiben

von den Versammlungen den jüngeren Kollegen ein schlechtes Beispiel gaben. Nach Rechnungsablage des Kassierers, Kollegen Vary, wurde demselben Entlassung erteilt. Zu der Vorstandswahl bemerkte Kollege Katens, daß er den Vorsitz nicht weiter führen könne, weil er anderweitig zu sehr mit Arbeit überlastet sei. Die Versammlung erkannte dieses an und wählte den Kollegen Joseph Schröder als ersten Vorsitzenden. Als Kassierer wurde Kollege Jos. Vary wiedergewählt, ferner Kollege Wilhelm Beckers einstimmig als Vertrauensmann. Kollege Eitzenich-Nachen berichtete über die Ausperrung in Krefeld und verlich dabei die entgegengesetzte Haltung der „Deutschen“ bei der damaligen Ausperrung in Sachsen. Wie Nigra zeigt, richtet sich die Kritik der sogenannten Freien bei solchen Ausperrungen nach den christlichen Organisationsverhältnissen. Dem Redner wurde viel Beifall gesendet. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder gedankt und die gewählten Kollegen im Vorstände zu munteren Arbeit aufgefordert, wurde die Versammlung geschlossen.

Anmerkung. Kollegen, zeigt durch starken Versammlungsbesuch, daß ihr gewillt seit, dem neuen Vorstände beizustehen, damit unsere Ortsgruppe erstarbe.

**Aus unserer Industrie.**

**Der Ausdehnungsdrang im Textilgewerbe.**

In keinem anderen Gewerbe hat das Jahr 1907 noch eine so frache Erweiterung des Produktionsapparates gebracht wie in der Textilindustrie. Die durchweg betriebende Geschäftslage, die mindestens so gut, vielleicht sogar noch besser war als 1906, wurde äußerst anregend auf die Unternehmungslust: sowohl bestehende Betriebe wurden erweitert als auch zahlreiche neue Betriebe errichtet. Die Textilindustrie wird nur zu einem Teile durch Aktiengesellschaften und Gesellschaften in b. H. vergrößert. Immerhin vermag man aus dem Maße, das die Bewegung der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften in b. H. im Jahre 1907 bietet, auf den Ausdehnungsdrang im gesamten Textilgewerbe schließen. Wir stellen vor allem die Kapitalsumme fest, die im Jahre 1907 zur Erweiterung bestehender Betriebe in Form von Kapitalerhöhungen oder zur Errichtung neuer Gesellschaften und Textilgewerbe zugeführt wurde. Da ergibt sich denn, daß die Kapitalerhöhungen im Jahre 1906 26,36 Millionen Mark, 1907 dagegen 46,71 Millionen ausmachten. Das Jahr 1907 hat also eine Steigerung von 20,35 Millionen M. gebracht. Die Summe des Jahres 1907 wurde von 71, die des Jahres 1906 von 72 Gesellschaften beantragt. Die Kapitalerhöhungen teilen sich in den Umfang für Neugründungen und in die Kapitalerhöhungen. Der weitaus größte Teil des Betrags für Kapitalerhöhungen entfällt auf Neugründungen: 1907 wurden 57 Gesellschaften mit einem Kapital von 36,81 Millionen M. neugegründet, während 1906 die Zahl der neuen Gesellschaften 56, der Betrag ihres Kapitals nur 19,82 Millionen M. betragen hatte. Unter den 57 neuen Betrieben waren: 13 Aktiengesellschaften mit 26,29 Millionen M. Aktienkapital und 44 Gesellschaften in b. H., deren Stammbilanzen sich zusammen auf 10,61 Millionen M. bezifferten. Gleich im ersten Quartal wurden einige große Aktiengesellschaften gegründet, so im Februar die A.-G. Gebhard u. Cie. in Bohrwinkel, im März die Schiffschiff Textilwerke Metzger u. Frahm, A.-G. in Landshut. Größere Gesellschaften in b. H. wurden im Februar gegründet, darunter 2 mit 1 bzw. 1 1/2 Millionen M. Stammbilanzen, sodann im April und im September. Die Summe der für Kapitalerhöhungen beantragten Kapitals ist von 7,04 Millionen M. im Jahre 1906 auf 9,90 im Jahre 1907 hinausgewachsen: sie ist zwar auch gestiegen, aber lange nicht in dem Grade wie die Summe der Neugründungen. Besonders ins Gewicht fiel die Kapitalerhöhung der Norddeutschen Wollmanufaktur und Rammagewerke, für die allein 5,82 Millionen M. beantragt wurden. Wenn in ähnlichem Grade wie bei den Aktiengesellschaften und Gesellschaften in b. H. innerhalb des gesamten Textilgewerbes die Vermehrung des Produktionsapparates erfolgt ist, so dürfte es für 1908 angezeigt erscheinen, die Unternehmungslust sich etwas weniger stark entwickeln zu lassen. Denn bei der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur ist auch für das Textilgewerbe eine allseitige Steigerung der Erzeugung im Vergleich zur Entwicklung des Konjunks nicht ausgeschlossen.

**Eine Ausperrung ägyptischer Weberzien**

war in der vergangenen Woche in der Krefelder königlichen höheren Fachschule für Textilindustrie unangekündigt zu sehen. Es sind Gewebe angefertigt, die auf ein Alter von 4600 Jahren zurückzuführen und dabei eine Feinheit des Fadens aufweisen, wie er heute nicht mehr geformt wird. Ferner sind Gewebe von den größten ägyptischen Herrschern Kamies II. und III. zu sehen, Stoffe die nur noch in den größten archaischen Museen in Paris, London und Berlin gezeigt werden. Bemerkenswert sind die Gabelweberzien aus den ersten Jahrhunderten christlicher Zeitrechnung, die ein interessantes Bild von den Trachten jener fernem Zeit, die 1500 und mehr Jahre zurückliegt, zeichnen.

**Gewerkschaftliches.**

**Aus unseren Verbänden.**

**Christlich-nationale Arbeiterbewegung.** Das Jahr 1907 bedeutet einen Aufschwung der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Sie ist vorwärts gegangen in allen ihren Teilen. Das zeigte der große christlich nationale Arbeitertag im letzten Oktober, bei dem 309 Arbeiter-Delegierte 1187-00 deutsche Arbeitervertreter vertraten. Das Protokoll dieses Kongresses ist 240 Seiten stark, sieben erschienen; es liegt sich, daselbe von der Durchsicht der Sozialen Geschäftsstelle Berlin N. 31, Verbandsgruppe 1, zu beziehen; es wird gegen Einreichung von 1,20 M. frei versandt. Dieser Kongress hat nach den mannigfachen Seiten die angeschlossenen Organisationen gestärkt. Die evangelischen Arbeitervereine sind gewachsen; der neue Herausgeber des „Evangelischen Arbeiterboten“, Martin, vertritt mit Recht den Gedanken der treuen Klassenbrüderlichkeit zwischen evangelischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften.

In Offenach hat sich eben ein christlich-nationaler Kartell der Coblenzangehörigen gebildet, dem sechs angeschlossene Verbände mit rund 10000 Arbeitern angehören. Der christlich-nationalen Handlungsgesellschaft in Offenach und der

Leipziger Verband deutscher Handlungsgesellschaften sind im Begriff, ein Kartell zuzuschließen und sich danach zu verschmelzen, so daß durch diese Masse von 20000 organisierten Handlungsgesellschaften jetzt dieser Grund, soweit Menschengruppe verlegt, der Sozialdemokratie entzogen ist.

Der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften hat im Jahre 1907 eine Mitgliederzunahme von rund 30000 zu verzeichnen und zählt somit nun etwa 290000 Mitglieder. Das ist ein geringeres Wachstum wie in den Vorjahren, in denen Jahreszuwächse von 68350 und 72773 zu verzeichnen waren. Es liegt sich hierin der Umstand, daß die Zeit der Hochkonjunktur zu Ende ging. Auch die sozialdemokratischen Verbände haben weit geringere Werbestärke entfaltet als in den Vorjahren, die Kirch-Zentralvereine Gewerbevereine haben gar um 10000 Mitglieder abgenommen. Es ist auch der Zuwachs der Gewerkschaften insgesamt in den letzten Jahren ein so vorderer gewesen, daß es naturgemäß ist, wenn es nicht stetig im gleichen Tempo vorangeht. Immerhin hat der deutsch-nationale Gärtnerverband seine Mitgliederzahl im vergangenen Jahre verdreifacht. Der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen ist um 1200 Mitglieder gestiegen und zählt jetzt 5500 in 73 Gruppen. Der Versuch, den Unterverband durch den großen sozialdemokratischen Verband zu erdrücken, ist gescheitert. Alles in allem war das Jahr 1907 für die christlich-nationale Arbeiterbewegung ein Jahr des Segens. Dazu kam ein vielfach innerer Ausbau; wir nennen als innersten Ausbau den Bibelkurs in Bethel bei Bielefeld. Es ist eigenartig, wie sich an die stille Zeit dort eine Zeit wilden Kampfes anschloß. Die christlichen Gewerkschaftler in Bielefeld haben einen Terrorismus der Sozialdemokratie zu erdulden, der Bewunderung für die dortigen christlichen Arbeiter auslösen muß. Vielfach ist schon dieser Terror gerichtlich erwiesen worden und hat zur Verhaftung der Schuldschlichter geführt. Allerdings die eigentlichen Hintermänner wissen sich, genau wie bei der sozialdemokratischen Politik des Straßenrads, der Bekämpfung zu entziehen. Im Reichstag reden die Führer: „Die Massen stehen hinter uns“, auf der Straße aber sagen sie: „Die Massen besser vor uns.“

**Partei-politische Rücksichten beim christlichen Textilarbeiterverband.** Daß der christliche Textilarbeiterverband bei dem Kampfe im Krefelder Industriegebiet seinen Mitgliedern die statutarische Unterstützung ausbezahlt, hat in einigen Blättern, auch in solchen, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung freundlich gesinnt sind, sonderbare Meinungen ausgeföhrt. So schrieb die „Soziale Praxis“ in Nr. 15 vom 9. Jan. er, daß zur Bewahrung der Unterstützung an die streikenden und ausgesperrten Mitglieder die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes partei-politische Rücksichten bewegen hätte. Ein Teil der Tagespresse drückt das getreu ab, und die sozialdemokratischen Blätter meinen einen weiteren Beleg für die Rücksicht ihrer hundertmal aufgestellten Behauptung gefunden zu haben, wonach es mit der partei-politischen Neutralität der christlichen Gewerkschaft „purer Schwindel“ ist. Wenn die Freie unserer „Freunde“ von der roten Couleur die Behauptung der „Sozialen Praxis“ mit so geringer Freude ihren Lesern gleich als sichere Tatsache aufstellt, dann ist einerseits der Grund dafür in der bekannten Manier der „Genossen“ zu finden, in der sie ihren Anhängern die „Lügenjuppe christlicher Verbände“ stets vorzuführen beliebt, andererseits aber auch in dem bitteren Verger, daß die „Christlichen“ in dem Krefelder Kampfe gar keine Ursache gegeben haben, gründlich gegen sie loszugehen. Trotz alligen Schadens ist nichts zu finden, das die „Schurkerei der christlichen Arbeiterverpöhlter“ beweisen könnte. Und das ist bitter! Für die christliche Verbände amielle des „deutschen“ so irrte jede Unterstützung verweigert, dann —! Nun muß so mancher schwer enttäuscht die rechtliche Seite zur Seite zu legen.

Wie die „Soziale Praxis“ zu der Behauptung, die Leitung des Verbandes christlicher Textilarbeiter hätte aus partei-politischen Rücksichten die Unterstützung für die Krefelder Arbeiter betätigt, kommen kann, ist uns einfach unverständlich. Der Grund kann nur darin zu finden sein, daß der Schreiber der betr. Notiz über den wahren Stand der Dinge bei der Krefelder Bewegung nicht orientiert war. Die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes hat in dem nun beendeten Kampfe ganz korrekt gehandelt; zur Bewahrung der Unterstützung sind keine anderen als nur rein gewerkschaftliche, aus dem Verbandsstatut sich ergebende Gründe maßgebend gewesen. Solange die streikenden Arbeiter sich den Weisungen der Verbandsführer und damit den Statuten widerrieten, konnte die Leitung eine Verantwortung für die Weiterführung des Kampfes nicht übernehmen und auch den streikenden Mitglieder keine Unterstützung zulassen. Die Verbandsvertreter haben auch nicht gehandelt, dieses den Mitgliedern in aller Deutlichkeit erkennen zu lassen. Nachdem jedoch die Mitglieder unseres Verbandes sich mit den Beschläfen der Verbandsleitung einverstanden und nach überzogen den Streik für beendet erklärten, standen sie nicht mehr im Gegenjag mit der Stellung der Führer und den Bestimmungen der Verbandsstatuten. Die Arbeit wieder aufzunehmen war nicht möglich, weil der Fabrikantenverband die Betriebe geschlossen hielt. Unsere Mitglieder waren zum Heiern gezwungen durch die jeder geregelten Kampfführung widersprechende Taktik der Arbeitgeberverwaltung. Wenn der Verband des christlichen Textilarbeiterverbandes da seinen Mitgliedern die Unterstützung noch verweigert hätte, dann hätte er ungerührt, unangenehm, ja einfach brutal gehandelt. Lediglich diese Erwägungen haben die Leitung unseres Verbandes geführt, als die Unterstützung aufgegeben wurde. Den partei-politischen Gründen kann demnach keine Rede sein. Wir sollten überhaupt nicht wissen, welcher Art diese partei-politischen Rücksichten hätten sein können. Die partei-politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften kann doch heute wohl kein ehrlieh Denkende mehr in Frage stellen!

**Rund 10000 Mark für die Krefelder unorganisierten Arbeiter.** Schon während der Ausperrung hieß es, daß diejenigen Arbeiter in Ausperrungsgebiet, die einer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören — einige Kollegen meinen, daß diese Arbeiter auch verprochen wurden, einem Verbands nicht beizutreten — von den Arbeitgebern unterzogen werden könnten. Ein solches konnte man nicht erahnen — vielleicht hatten sich die Arbeitgeber in irgend einer Weise abgesprochen — und es lag nahe, daß der Fabrikantenverband nur ein lazes Versteck sei, um die Arbeiter von der Ge-

werkschaft fernzuhalten. Diese Meinung hat sich jedoch als irrig erwiesen, wie folgende Notiz, die in der Krefelder Presse erschien, beweist:

Der Arbeitgeberverband der christlichen Seidenindustrie beschloß sich in seiner am letzten Dienstag hier in der Handelskammer abgehaltenen Sitzung nachmals mit der letzten Sperr. Als Unternehmung an die nichtorganisierten Arbeiter aus, was mitgeteilt wurde, insgesamt 8086,82 M., ausgezahlt worden. Die Besitzer der Webereien mit einjähriger Kündigungsfrist hatten Entschädigung für den ersten Ausfall gegenüber den Webereien mit 14 tägiger Kündigungsfrist gewährt. Der Antrag wurde jedoch mit Mehrheit abgelehnt.

Ob den unorganisierten Arbeitern bei Zusperrungnahme des Geldes die Schamröte ins Gesicht gestiegen ist, darüber berichtet die kurze, aber vielsagende Notiz nicht.

Was hätte es für einen Zweck, wenn wir diesen Arbeitern die Unwürdigkeit eines solchen Almosen plausibel zu machen vermagten. Bei diesen Dilemmen aus der Arbeiterbewegung weiß der organisierte Kollege nicht gerne lange. Er sieht sich lieber um in seinen Reihen, wo die Solidarität, die Interessengemeinschaft geübt, wo das Edle und Charaktervolle geachtet und das Unedle verachtet wird. Da sieht er Tausende von Männern und Frauen, die so denken wie er, die von Stolz durchdringt und bereit sind, Opfer zu bringen im Kampfe um den Aufstieg des Arbeiterstandes. Da streiten Tausende miteinander und füreinander gegen die vielen und starken Widersache. Da sind Tausende, die sich einander lieben, ohne sich jemals gesehen zu haben, die schaffen und streiten unter großen Opfern und Mühen, um eine große Kulturmission zu erfüllen. Da sieht er Männer, die für das Recht kämpfen können, wenn es sein muß, die auf eigene Füße stehen und nicht von Almosen leben wollen, die gegeben werden, um demütige und dankbare Geschöpfe zu erziehen.

Uebrigens ist die Unterstützung nicht besonders hoch ausgefallen. Bei der großen Anzahl nichtorganisierter Arbeiter im Kampfsgebiete bleiben für den einzelnen nur wenige Mark übrig. Die Arbeitgeber wissen recht klug zu rechnen, sie geben nicht viel, aber doch keinen Groschen umsonst. Er schmückt mit Gold sein Opfer!

Daß der Arbeitgeberverband die Entschädigungsanträge der Unternehmer, für deren Betriebe nur einjährige Kündigung besteht, abgelehnt hat, ist interessant. Während der Ausperrung hieß es nämlich immer seitens der Arbeitgeber, daß die Betriebe, die nur einjährige Kündigung hätten, den Schaden, den sie gegenüber den Unternehmern mit längerer Kündigungsfrist erlitten, ersetzt bekämen vom Arbeitgeberverband. Hat man während des Kampfes die Wahrheit nicht gesagt, um nicht manche Unternehmer von der Ausperrung zurückzuführen, oder hat man sich nachträglich in obiger Weise „verständigt“? Da werden sich jene Arbeitgeber ins Häufigen lachen, die noch produzieren konnten, als in anderen Betrieben bereits längere Zeit alle Räder still standen. Da können manche Krefelder Unternehmer gut den Solidaren markieren — wenn andere den Schaden tragen. Wir bezweifeln, daß auch die Krefelder Fabrikanten mit dem Ausgange der Bewegung ganz zufrieden sind — wenigstens sollen einige sehr enttäuscht drein geschaut haben, als sie obigen Beschluß des Fabrikantenverbandes vernahmen.

**Aus gegnerischen Organisationen.**

**Die „freien“ Gewerkschaften im Jahre 1907.** Das Wachstum der „freien“ Gewerkschaften ist, wie wir aus Angaben in Nummer 16 der „Sozialen Praxis“ 1907 ersehen, hinter dem der beiden letzten Jahre beträchtlich zurückgeblieben. Während es 1905 316000 und 1906 370000 betrug, wird die Zunahme vom „Soz. Blatt“ für das verfloßene Jahr auf 150000 geschätzt. In den ersten drei Jahresvierteln bereits betrug die Zunahme nur 120—130000 gegenüber 272000 und 312000 in den Vorjahren. Ueber die Ursachen dieses Rückganges läßt sich ohne Kenntnis der genaueren Zahlen nicht urteilen, doch scheint es sicher, daß die Krise, die erst in der zweiten Hälfte des Jahres einsetzte, nur geringen Anteil daran hat, denn die beiden ersten Jahresviertel pflegen sonst den Hauptzuwachs zu bringen. In der Hauptsache wird es sich wohl darum handeln, daß die „freien“ Gewerkschaften mit den 650000 neuen Mitgliedern, die sie 1905 und 1906 gewonnen, die Organisationsfähigen zum guten Teil gesammelt haben und nun auf Arbeiterrichten angewiesen sind, die der Organisation infolge wirtschaftlicher Lage (Beitragshöhe), Abhängigkeit (in gewissen Berrieben der Großindustrie) sehr schwer zugänglich sind. Der unläutere Wettbewerb der gelben Vereine mag hier und da wohl auch eine gewisse Erschwerung der gewerkschaftlichen Verarbeitung bewirkt haben. Zur zuverlässigen Beurteilung der Zahlen werden die Mitteilungen der übrigen Gewerkschaftsgruppen, christlicher und kirchlich-zentraler, über die Mitgliederbewegung abzuwarten sein.

In den christlichen Gewerkschaften hatte man im vergangenen Jahre auch nicht den Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, den man in anderen Jahren aufweisen konnte. Der mit einer beispiellosen Heftigkeit tobende Wahlkampf begann 1907. Hat sein Teil an dem minderen Vorwärtigen der christlichen Verbände beigetragen. Die gesamte Agitation war gelähmt, und auch nach dem Kampfe setzte die Bewegung nur ganz langsam wieder ein. Zudem sind auch andere Gründe, die in der Notiz der „Sozialen Praxis“ bereits angegeben sind, maßgebend gewesen. Vielleicht hätte die niedergehende Konjunktur manchem Arbeiter die Augen darüber, daß die „Reichthümer“ des guten Gewerkschaftsgeistes einmal geleert sind und von den Arbeitern unermüdet Agitations- und Organisationsarbeit geleistet werden muß.

Die Freie Vereinigung „deutscher“ Gewerkschaften, d. h. der sogenannten losgelassenen Gewerkschaften, hielt vom 22.—25. Jan. in Berlin einen außerordentlichen Kongress ab, um zu der Frage einer Einigung mit den sozialdemokratischen Zentralverbänden Stellung zu nehmen. Diese Angelegenheit hat bekanntlich auch den letzten sozialdemokratischen Parteitag beschäftigt, der den Parteivorstand beauftragte, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen. In der bezüglichen Diskussion hieß es: „Der Parteivorstand beurteilt die von vielen Mitgliedern der losgelassenen Gewerkschaften im Gegenjag zum Parteiprogramm betriebene Agitations- und fordert die von losgelassenen Gewerkschaften angeführten Parteigenossen auf, sich von der Generalkommission angeführten Zentralverbänden anzuschließen.“ Die „Loslassen“ lagen mit den „Deutschen“ fortwährend in bitterer Feindschaft. Wenn sich irrendes

das Sprichwort, „der Bruderkrieg ist der heftigste Krieg“ bewahrheitete, dann in dem Kampfe zwischen beiden Richtungen, die beide als die „wahren Vertreter des Sozialismus“ gelten wollten. Es war ein Gaudium, zu erleben, wie die Vertreter von Gleichheit und Brüderlichkeit miteinander verfahren, wenn sie auf Versammlungen gegeneinander gerieten. Die sozialdemokratische Parteileitung hat sich verächtlich bemüht, Freie zwischen beiden Richtungen herzustellen, jedoch immer vergebens, bis nun endlich die Bemühungen das Ergebnis gezeitigt haben, daß auf einem Kongreß über Auflösung der „Freien Vereinigung“ bezw. Anschluß an die einzelnen Zentralverbände beschloffen werden sollte.

Die Gegenätze zwischen den Zentral- und Lokalorganisationen waren ursprünglich mehr prinzipieller als praktischer Art. Letztere gelten als die ultraradikalen Sozialisten (Anarcho-Sozialisten), die den Zentralorganisationen Vermischung der sozialistischen Grundzüge durch ihre Gewerkschaftstaktik vorwerfen. Ein Anschlag der Lokalverbände an die zentralen Gewerkschaften schien aber in letzter Zeit um so eher durchführbar zu sein, als auch die Zentralorganisationen immer mehr zum sozialdemokratischen Programme „zurückkamen“ und die gewerkschaftlichen Erfahrungen sich den Sozialisten das Unnütze ihres radikalen Selbes deutlich wurde. Sie waren prinzipielle Gegner von allen nach unseren Begriffen vernünftigen und sich als richtig und notwendig erweisenden gewerkschaftlichen Grundätzen. So jagte ein Redner der Sozialisten in der Debatte auf dem Kongreß:

„Bei uns besteht die Selbständigkeit der Ortsvereine, bei uns bestimmen die Disziplinarregeln über Anfang und Ende des Streiks, und es kommt kein Kommando von oben; bei uns ist die sozialistische Idee die Hauptsache, nicht die Unterordnung einrichtung. In unserem Programm ist festgelegt, daß wir den sozialen Generalstreik propagieren. Wir sind Gegner der langfristigen Tarifverträge. Wir haben beschloffen, den antimilitaristischen Kongreß zu beschiden, und wenn es auch nicht im Programm ausgesprochen, so wollen wir doch die Propaganda für den Antimilitarismus pflegen, freilich nicht im Sinne der sozialdemokratischen Partei.“

Diese Ideen, die jeder fruchtbringenden gewerkschaftlichen Arbeit hinderlich sind, haben jedoch zugelegt nur mehr in den Köpfen einiger Unentwegten, und andererseits hatten sich die Zentralorganisationen immer mehr zum „rechten“ Sozialismus durchgemauert, jedoch auf eine baldige Lösung der Frage der Lokalorganisationen wohl zu rechnen war. Die sozial. Presse hat wohl so Unrecht nicht, wenn sie schreibt:

„Schon seit langer Zeit bestanden die Lokal-Organisationen nicht mehr aus jenen hitzigen Geistesblüthen, die aus rein prinzipieller Gegnerschaft gegen die Zentralverbände an ihrer Organisationsform festhielten. Da war manch abgeprägtes Häuflein aus den Zentralorganisationen, die wahrlich alles andere als ein Prinzip zu den Sozialisten geführt hätte. Die Entwicklung nahm außerdem den Sozialisten Einwand auf Einwand gegen die Zentralorganisationen. Das Verbindungsverbot auf politische Vereine fiel, die eigene Abneigung gegen die Tarifverträge nahm in dem Maße ab, wie man in den Kreisen der „Zentralisten“ wüthender über diese dachte, und die erst verpönte Anstellung von Beamten wurde zur unumgänglichen Notwendigkeit. Man suchte nach neuen „prinzipiellen“ Trennungspunkten. Da kam der friedliebende Anarcho-Sozialismus gerade recht. Aber statt die widerstrebenden Elemente zu kiten, versprengte er sie vollends, und die gewaltigen Schläge der Echarmacher trafen das lockere Gebilde der „Freien Vereinigung“ viel schärfer als die festgefühten Zentralorganisationen. So fand denn der Parteiverband endlich für seine immer wieder unternommenen Entzungen zur Einigung der Gewerkschaftsbewegung einen wohlvorbreiteten Boden.“

Mehrere Organisationen hatten die Auflösung der Freien Vereinigung beantragt; dieser Antrag wurde mit 88 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Darauf gab ein Vertreter der Einigungsfreunde die Erklärung ab, daß sie den Kongreß verlassen und die Verbindung mit der Zeitung der Freien Vereinigung lösen müßten, und zwar aus folgenden Gründen:

„Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongreß 1906 läßt Her erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen haben, der sie mit Sicherheit dem Sozialismus bezw. Anarchismus immer entgegenführt. Diese Entwicklung wird logischerweise die Verwirrung und Entzungen des Kampfes der zurückbleibenden Vertreter und Organe der Freien Vereinigung der Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Ziele in Ansehung der herrschenden Gewalt zu Folge haben, den die Unterdrückung dieser Erklärung ihrer Verbindung gemäß, auf keinen Fall mitmachen können noch wollen. Die unterzeichneten Delegierten stellen es deshalb vor, unter Beibehaltung ihrer politischen Grundätze, die im Einklang stehen mit dem bisherigen Programm, die Sozialdemokratische Partei und dem sozialdemokratischen Partei zu verlassen, dahin zu wirken, daß die Mitglieder ihrer Organisation sich derjenigen Grundsatze anschließen, die mit der sozialdemokratischen Partei gemeinsam den Kampf um die Befreiung der Arbeiter führen will und die Befreiung der Arbeiter und der internationalen Kongresse als ihr Ziel bezeichnen.“

Die vom sozialdemokratischen Parteitag genehmigte Einigung ist also geschehen, wenn auch nicht ohne Widerstand, daß der Sieg dennoch auf Seiten der „Zentralisten“ liegt. Die Vertreter der Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Hüttenarbeiter, Richter, Richter und Bauarbeiter, die für die Verbindung stimmten, haben hinter sich mehr als 11000 Mitglieder, von den etwas über 17000 der Freien Vereinigung übernahm, die wohl in ihrer überwiegenden Mehrheit sich von der Vereinigung trennen werden. Was also von dieser noch vorhanden ist, ist jetzt der „Allgemeine Metallarbeiterverband“ mit 2000 Mann und darunter ein kleiner Zimmererband von mehreren 1000 Mann in circa 20 Organisationsstellen. Von diesen ist natürlich nicht eine Lebensfrage.

Der „Allgemeine Metallarbeiterverband“ wird jedenfalls den Grundzügen des „Freien Vereinigung“ demnach verhalten, weil er mit seinen 2000 Mitgliedern wahrlich nicht die Rolle für das übrig gebliebene Parteiglied übernehmen will. Eine partielle Einigung kann er an der Vereinigung nicht mehr haben, und bereits am Tage nach der Unterzeichnung, nämlich am 2. März, hat der Metallarbeiterverband seinen Vertreter des Tages auf: „Der Streik ist ein notwendiges Mittel.“

Die in der „Freien Vereinigung“ verbleibenden werden mit der Sozialdemokratischen Partei ausgehoben und als Parteigenossen nicht mehr betrachtet werden. Wer irgend welchen Bezug zum „Freien Vereinigung“ hat, nur daß der Kampf zwischen beiden Richtungen in Zukunft jedenfalls mit erneuter Heftigkeit geführt werden wird. Die Sozialdemokratische Partei wird die Arbeiter lassen, um sie ganz in den „Metallarbeiterverband“, wie im Schlußwort des Kongresses

gefragt wurde, „dem reinen Evangelium des Sozialismus, wie es nur in der „Freien Vereinigung“ gepredigt wurde, zum Siege zu verhelfen.“

Wenn sich der freien Vereinigung auch neue Kräfte anschließen werden in Zukunft, so wird sie doch ihre frühere Bedeutung wohl nie mehr erlangen.

**Aus Unternehmerkreisen.**

Eine neue Organisation der Beschäftigten. Ein sogenannter Beschäftigtenverband wurde dieser Tage in Essen gegründet, dem sich nach den Berichten der Tagespresse fast alle Beschäftigten des Ruhrreviers angeschlossen haben sollen. Der ausgesprochene Zweck des Verbandes ist, daß der Verein einen engeren Zusammenhluß der rheinisch-westfälischen Bergwerke zur Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen und Gewährung einer Entschädigung an solche Mitglieder, die von einem Ausstande betroffen werden, vorsieht. Was die Kohlenbarone unter „Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen“ verstehen, zeigt die Bestimmung in dem Satzungsentwurf, daß, wenn ein Bergwerk von einem Ausstande betroffen wird, d. h. wenn mehr als ein Drittel der gesamten Belegschaft streikt, von den auf dieser Schichtanlage beschäftigten Bergarbeitern während des Ausstandes und drei Monate nach Beendigung des Ausstandes von anderen Verbandszweigen kein Bergarbeiter eingestellt werden darf. Verleiht ein Arbeiter unter Kontrakt seine Arbeitsstelle, so darf er auf den Verbandszweigen innerhalb sechs Monaten nicht beschäftigt werden. — Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn die Beschäftigten sich verbinden, um ihre Interessen zu vertreten, aber dieses darf nicht im einseitigen Vorgehen geschehen. Die Arbeiterorganisationen legen ihre Tätigkeit immer mehr auf das Gebiet der friedlichen Verhandlungen; sie betrachten den Streik als letztes Mittel, welches nur dann angewendet werden soll, wenn die anderen Mittel versagt haben. Die Arbeiterorganisationen erkennen aber auch die Arbeitgeberorganisationen an und sind bereit, mit diesen zu verhandeln. Würden die Arbeitgeber sich auf den gleichen Standpunkt stellen, so dienten sie hierdurch dem sozialen Frieden tausendmal mehr, als wie durch die Gründung von ausschließlich streikverweigernden Organisationen. Diese sind in ihrer jetzigen Gestalt meist nur Kampforganisationen, um den Herrn im Hause „Standpunkt“ aufrecht zu erhalten. Die Arbeiter mögen aus obigen wiedersehen, wie notwendig die Stärkung und Ausbreitung ihrer Organisationen ist.

Die Bergarbeiter werden also in Zukunft bei Bewegungen sich zu die neue Organisation der Bergarbeiter als die in Frage kommende Instanz zu wenden haben. Bisher hat der Bergbauverein die wirtschaftspolitische Organisation der Beschäftigten gebildet, der aber in der Regel bei Eingaben der Arbeiterorganisationen eine Regelung ablehnte, „weil er dazu nicht kompetent sei“. Nun wissen die Bergleute wenigstens, woran sie sich zu halten haben. Die Satzungen des Beschäftigtenverbandes sind jedoch nicht danach, um die Sicherung des sozialen Friedens im Ruhrgebiet zu garantieren. Die Beschäftigten haben ihr soziales Programm durchwegs erfüllt: daß kann das Programm der Arbeiter und der sozialgesinnten Bürgerlichkeit nicht sein.

**Allgemeine Rundschau.**

**Allgemeines.**

Die Ergebnisse der preussischen Einkommensteuererhebung für 1907. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist eine vergleichende Uebersicht der Ergebnisse der Steuererhebung für 1906 und 1907 zugegangen. Die Uebersicht gibt auch einen Einblick in die Wirkung des bekannten Paragraphen 23 des Einkommensteuergesetzes. Besonders die Arbeiterklasse hat die Wirkung dieses Paragraphen bitter empfinden müssen. Sie hat sich auch mit vollem Recht gegen diese ungeredeten Bestimmungen, die das Einkommen der Arbeiterklasse bis zum letzten Grad zur Steuer heranziehen wollen. Wie die amtlichen Behörden den Paragraphen 23 gehandhabt haben, wird dadurch bewiesen, daß die Steuererhebungen nicht so zahlreich waren, wie in vergangenen Jahren und daß die meisten Steuererhebungen verhältnißmäßig stark hinter der Berechnung zurückgeblieben sind und noch zurück bleiben werden. So berichtet vor kurzem die Essinger Stadtbewohner, daß die Steuererhebungen sich gegen früher wesentlich erhöhen würden, weil die Anwendung des Paragraphen 23 des Einkommensteuergesetzes viele Lohnkassen zur Steuer herangezogen würden, die bisher nicht waren. Die Voraussetzung ist der Ansicht, daß die zunehmende Entlastung der Steuern viele dieser Kassen wirtschaftlich ruinieren würde.

Die amtlichen Ergebnisse der preussischen Einkommensteuererhebung zeigen eine absolute und relative Zunahme der Steuerpflichtigen, besonders solcher, deren Einkommen unter 3000 Mk. betrug, die also von dem Paragraphen 23 befreit werden.

Die Zahl der steuerpflichtigen Einkommensteuerpflichtigen betrug 1907 524234 gegenüber 467128 im Jahre 1906, nahm also um 12,4% zu. Davon entfiel auf die Steuerpflichtigen von 300 bis 5000 Mark eine Zunahme von 87000 Personen, während die Zahl der Steuerpflichtigen unter 3000 Mark um 33100 zunahm.

Die gesamte einkommensteuerpflichtige Bevölkerung einschließlich der Angehörigen betrug:

1906	1532599	steige
1907	1876005	

Mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. waren darunter 558491 Steuerpflichtige, davon in den Jahren 1906 482583, also 14% mehr (136228) 121789).

Unterhalb nach dem Einkommen geordnet betrug 1907 (1906): die Zahl der Steuerpflichtigen:

3000 bis 4000	114504	87000
6000	30376	718
9000	7215	126
15000	7269	134
30000	1519	92
über 100000	351	917

Einkommensteuerfrei, weil sie unter 3000 Mark verdienen, waren 1907 1111544 Personen oder 69,9%, 1906: 1094174 oder 69,9%.

Das Durchschnittseinkommen der 1223000 Personen am 1. 1. 1907 betrug 1345 Mark, das im Jahre 1906 noch 1294 Mark betrug, während das Durchschnittseinkommen der 1906000 Personen im Jahre 1906 1294 Mark betrug.

Eine gute Verteilung des Nationalvermögens kann man das gerade nicht nennen. Nicht dann ist ein Land reich, wenn das Geld in möglichst wenigen Händen zusammengetragen, sondern wenn es auf möglichst viele gerecht verteilt ist. Die Steuererhebungen zeigen aber auch, daß der Arbeiterstand mit seinem Einkommen aufwärts geht, wenn auch die große Zunahme der Steuern mit einem Einkommen von 900—3000 Mark teilweise auf das rüchichtslose und zum Teil ungerechte Heranziehen des Arbeitsverdienstes zurückzuführen ist. Aber dennoch muß anerkannt werden, daß das Verdienst der Arbeiter sich in aufsteigender Richtung bewegt. Es hieße die jahrzehntelange Arbeit der Gewerkschaften einfach als nutzlos hinstellen, wenn wir das ablenken wollten. Mit dem Steigen des gesamten Volkswohlstandes hebt sich auch die materielle Lage des Arbeiterstandes. Aber was hieraus folgern würde, daß sich die Arbeiterschaft nun vollends zufriedengeben müßte, der weiß nicht, daß die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft auf eine gerechte Anteilnahme an den Gütern der materiellen und geistigen Kultur gerichtet sind. Es kommt nicht so sehr darauf an, wie viel der Arbeiter verdient, als vielmehr darauf, daß das Einkommen des Arbeiters in einem gerechten Verhältnis zum gesamten Volkswohlstande steht. Das ist das Wollen der christlichen Gewerkschaftler! Was ist ein hohes Einkommen, wenn es zur Deckung der notwendigen Bedürfnisse eben hinreicht? Die christlichen Gewerkschaften wollen nicht für den Arbeiter ein luxuriöses Leben, wie es kürzlich die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ meinte, sondern nur, daß auch den unteren Ständen ein Verdienst, entsprechend dem heutigen Wohlstande, gesichert wird. Und die christlichen Gewerkschaften dürfen von sich sagen, daß sie nicht ganz vergeblich an dieser Aufgabe gearbeitet haben. In den einzelnen Kollegen und der Kollegin liegt es, den Erfolg der Gewerkschaftsarbeit zu vergrößern!

Arbeiterwohnungsvesen. Im Anschluß an die Verhandlungen, welche vor einigen Tagen im preussischen Abgeordnetenhaus bei der Erörterung des Antrages über die Verwertung der Renten-güter für Arbeiterwohnungsvesen ge-pilogen worden sind, ist es von Interesse, zu erfahren, daß auch der Vorstand der rheinischer Landesversicherungsanstalt bereits in dieser für das Arbeiterwohnungsvesen so überaus wichtigen Frage einen Beschluß gefaßt hat. Unschlüssig eines Antrages des Gemeinnützigen Bauvereins zu Lennep hat nämlich der Vorstand der Landesversicherungsanstalt beschlossen, für einige Rentengüter in Größe von je 1/2 preussischen Morgen mit einem Wohnhaus Darlehen zu bewilligen. Zunächst soll das Darlehen, für welches die Stadt Lennep die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hat, von der Versicherungsanstalt getätigt werden als Fünftelkredit für die Zeit vom Beginn der Bauten bis zur Verhandlung der bis zur vollständigen Abwicklung des ganzen Rentengüterverfahrens. Hier wird also von der Versicherungsanstalt Geld zur ersten Einrichtung der Bauten und des Gutes vorgezahlt, bis die Abfindungssumme von Seiten der Rentenamt an den früheren Eigentümer des Grundstücks, hier also den Bauverein, gezahlt ist. So kann wird ferner von Seiten der Landesversicherungsanstalt die zweite Hypothek gegeben, die noch erforderlich ist, um neben den eigenen Aufwendungen des Rentengüterbesizers und der Abfindungssumme der Rentenamt die gesamten Kosten für Grundrind und erste Einrichtung zu decken. Da die Gemeinde in diesem Falle die selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber der Landesversicherungsanstalt übernommen hat, so ist also ein Risiko für letztere nicht vorhanden, obwohl die Befreiung mit der zweiten Hypothek ja selbstverständlich hinter der Rentenamt erst erfolgt und den Gesamtwert des Rentengutes deutlich hoch beläuft. Von besonderem Interesse bei dem ganzen Verfahren ist es, daß mit dem Eintreten des Staatskredits für die Rentengüter dem Arbeiter eine neue Geldquelle für das Arbeiterwohnungsvesen eröffnet ist, und daß die Landesversicherungsanstalt durch Gewährung des Zinsentzuges und der zweiten Hypothek das Arbeiterwohnungsvesen erheblich fördert. Insbesondere kommt hierbei in Betracht, daß durch die Befreiung von Rentengütern, die sofort in das Eigentum der Arbeiter übergehen, diesen die Möglichkeit gegeben wird, ein Haus mit Garten zu erwerben, auf dem ein gesundes Wohnen und ein ganzes Familienleben wesentlich gefördert wird.

Vertrauens- und Sozialpolitik. Die Verwaltungsverbände des Deutschen Verkauftörvendes haben in Berlin getagt und folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Zur finanziellen Selbstversicherung: Der Deutsche Verkauftörvendverband hält eine einheitliche soziale Bewegung aller Privatangehörigen für dringend notwendig. Eine finanzielle Selbstversicherung und Lebensversicherung ist eine der wichtigsten Ziele der Standesbewegung. Der Verband, der der Verkauftörvendverband keine Anbahnungen über die Befreiung dieser Frage im Hauptaus-schuss nicht zur vollen Anerkennung zu bringen vermochte, wird sich nicht abhalten, nach wie vor in-tensiv in der Forderung der Selbstversicherung und allen weiteren gemeinsamen Aufgaben der Privatangehörigen tätig zu sein.
2. Die Verwaltungsverbände halten nach wie vor eine organische Einigung der Angehörigenbewegung in dem gesamten Bau der sozialen Selbstversicherung für erforderlich. Sie begrüßen mit Interesse das Eintreten aller Nichttagsorganisationen für die Grundgedanken und die Vorbereitung eines Selbstversicherungsgesetzes durch die Regierung. Eine Kombination der allgemeinen Invalidenversicherung mit einer Sonderversicherung können sie nur dann als eine gezielte Lösung anerkennen, wenn die Sonderversicherung dauernd eine Ergänzung der allgemeinen Selbstversicherung ge-dacht und der Versicherungsbeitrag in beiden Fällen auf alle Angehörige gleichmäßig erhebt wird. Die Ver-waltungsverbände erheben das Verlangen des Innern bei der vorzunehmenden Berücksichtigung von Grund-zügen eines Gesetzes auch Berechnungen vorzulegen, die einen Vergleich zwischen den Wünschen der Arbeit-erschaft und denen der Arbeitgeber des Hauptaus-schusses ermöglichen.
3. Die Verwaltungsverbände erklären sich mit der Forderung ihrer Vertreter im Hauptauschuss und in der Selbstversicherungsbewegung einverstanden.
4. Im Generalkongress der Deutschen Verkauftörvendverbandes befaßt sich die Verwaltungsverbände die Forderung eines Selbstversicherungsgesetzes durch die Regierung und die Befreiung der Arbeitgeber und Arbeiter. Die bedauern lebhaft, daß die Forderung in verschiedenen Punkten hinter

dem Rechte des Handelsgesetzbuches, ja sogar hinter dem einmütigen Beschluß der 14. Reichstags-kommission von 1906 zurückbleibt. Sie bitten den hohen Reichstag dringend, in der Beschränkung der Konkurrenzklause und in der Fortsetzung des Gehalts bei Krankheit gemäß den einmütigen Wünschen der Technikerorganisationen möglichst weit über die Vorlage hinauszugehen und zum mindesten die bescheidenste Forderung einer völligen Gleichstellung der technischen Angestellten mit den kaufmännischen zu erfüllen.

Außerdem wurde eine Eingabe zur Frage der Sonntagsruhe und die Veröffentlichung einer Broschüre gegen die Konkurrenzklause beschloffen.

**Briefkasten.**

Kollege in G. bei Fulda. Dein Wunsch ist erfüllt. Man soll aber nicht beschiden. Mit sachlichen Ausführungen erfüllt man den Zweck viel eher. Besonders mit jenen Leuten muß man vorsichtig umgehen.

An mehrere Kollegen. Ganz recht, wenn Ber-sammlungsberichte, dann aber kurze. In der Kürze liegt die Würze!

**Veranstaltungskalender.**

- Aachen. 9. Febr., 10 1/2 Uhr, Vorstand- und Vertrauens-mannerversammlung bei Franz, Kleinmarschierstr. 19.
- Aachen. 11. Febr., 8 1/2 Uhr, Arbeiterinnenversammlung bei Joh. Steinmetz, Hauptstr. 24.
- Aachen. 12. Febr., 4 Uhr, bei wöhl. Bruchbaum.
- Böckel. 9. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Franz Zimping, Ar-beitervertreter-Verein.
- Böckel. 16. Febr., 11 1/2 Uhr, in der Rotenburg Kartellversammlung.
- 16. Febr., 5 Uhr, bei Franz Zimping, Arbeiterinnen-versammlung.
- Borken i. W. 9. Febr., 11 Uhr, Bäckermeister, 11 1/2 Böhren-Wälfel, 9. Febr., 1/2 Uhr, bei G. Wöhl, Buch-mann, Generalversammlung.
- Dülmen. 9. Febr., 4 Uhr, bei Kaute.
- Elberfeld. 15. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Dertentath, Klopfbahn.
- Eupen. 9. Febr., 4 Uhr, bei Georg Wöhl.
- Eupen. 9. Febr., 10 1/2 Uhr, bei Gebr. Carbin, Schiffsweg, Generalversammlung.
- Geldern. 9. Febr., 11 Uhr, bei Franz Vogel, General-versammlung, Dittlingsbücker mitbringen.
- W. Gladbach-Steden. 16. Febr., 2 1/2 Uhr, bei Oswald Schäfer, Mathiasstr., Arbeiterinnenversammlung.
- Greven. 9. Febr., 5 Uhr, bei Bern. Böber, Generalver-sammlung, Gammelsbach, 9. Febr., 4 Uhr, bei Karl Kriegeskotte in Wöhl, große öffentliche Versammlung.
- Hagen. 9. Febr., 6 Uhr, bei Heinrich Wöhl, Generalversammlung.
- Hagen. 9. Febr., 5 Uhr, bei Joh. Schmieden, General-versammlung.
- Jungenbrück. 16. Februar, 5 Uhr, bei Ed. Hauener, Generalversammlung.
- Kettigen. 9. Febr., 7 Uhr, bei Franz Lieberk, General-versammlung.
- Krefeld. 9. Febr., 1/211 Uhr, in der „Reichshalle“, Ge-neralversammlung.
- Lehr (i. S.). 10. Febr., 6 Uhr, in „Stadt Straßburg“, Generalversammlung.
- Lehr. 9. Febr., bei Peter Bärge.
- Neumünster. 9. Febr., 3 1/2 Uhr, im kath. Gesellenhause, Schindlerstraße.
- Neuland. 22. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Anton Kommer-straßen, Generalversammlung.
- Ohrop. 11. Febr., 8 Uhr, bei Bernh. Tümmers, Vor-stands- und Vertrauensmännerversammlung.
- Rort. 9. Febr., 6 Uhr, bei W. J. Gipp.
- Rortzen. 9. Febr., 11 Uhr, bei Joseph Wöhl.
- Siedingen (Raden). 9. Febr., 3 Uhr, im „Kath. Vereins-haus“, Generalversammlung.
- Siegenberg. 16. Febr., 4 Uhr, bei Joh. Wöhl.
- Siegbahn. 8. Febr., 7 Uhr, bei Josef Wöhl.
- Schirmitz. 14. Febr., 1/29 Uhr, im Tümmers.
- Schürst. 15. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Wöhl.
- Schürst. i. B. 16. Febr., 11 1/2 Uhr, bei J. Löffel, früher G. Gönghaus.
- Hameln. 9. Febr., 3 1/2 Uhr, bei Aug. Grever.
- Wass. 9. Febr., 11 1/2 Uhr, bei Arn. Gölissen, General-versammlung.
- Waldhausen. 16. Febr., 2 Uhr, bei Joh. Bönnen, Ar-beiterinnenversammlung.
- Weghorst. 2. Febr., 5 Uhr. 9. Febr., 11 Uhr, Ver-trauensmännerversammlung.
- Weghorst (a. d. Bupper). 9. Febr., 2 Uhr, bei Gust. Meyer.

**Dieren.**

Vertrauensmännerverein „Eintracht“ e. V. m. B. Dieren. Sonntag, den 16. Februar, abends 6 Uhr, im Lokale von Wm. Stieren, ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht; 2) Entlassung des Vorstandes und Ausschusses; 3) Befreiung der Dividende für 1907; 4) Ergänzungswahl des Vorstandes und Ausschusses.

NB. Anträge zu der Generalversammlung müssen bis zum 14. Februar beim Vorsitzenden des Ausschusses Jacob Rohren, Peterstraße 60, eingereicht werden.

Der Ausschussrat.  
(230 Mt.) J. B. Jac. Rohren, Vorsitzender.

**Neustadt (O.-S.).**

Den Vertrauensmännern zur Nachricht, daß die Marken von jetzt an jeden Sonnabend auf dem Sekretariat Gölbystr. 2 in Empfang genommen werden.

Die Auszahlung des Krankengeldes findet eben-falls dort Sonnabends statt von morgens 10—11 Uhr, nachmittags von 2—4 Uhr.

Der Bezirksleiter.

**Sterbe-Tafel.**

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Joh. Kox in Schaag.
  - Hch. Karl Prell in Viersen.
  - Paulius Sauer in Landeshut.
  - Karl Viefers in Hüls.
  - Anna Ottenjans in Heuenkirchen.
  - Math. Dautzenberg in Aachen-B.
  - Karl Serling in Forst i. L.
  - Jos. Bergers in Geldern.
  - August Steeger in Krefeld.
  - Lambert Merlotte in Eupen.
  - Anna Holle in Emsdetten.
  - Christian Spitz in Viersen.
  - Hch. Peters in Rheindahlen.
  - Joh. Delpy in Aachen.
  - Hch. Hexsel in M.-Gladbach.
  - Joh. Möhlen in Fischeln.
  - Adam Höttes in Giesenkirchen.
  - Altois Röttgerkamp in Borken.
- Ehre ihrem Andenken!